

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nicht-preussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. 9/10br.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie von unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die übertseeischen Länder: Mr. Bower, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strasbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 15. November.

Die Stuttgarter Versammlung süddeutscher Politiker in Angelegenheiten der deutschen Frage, hat, nach den nun eingetroffenen näheren Berichten zu schließen und wie zu erwarten stand, so ziemlich Fiasco gemacht. Obwohl man selbst heute, die sich sonst gar nicht um Politik bekümmern, eingeladen hatte, wenn man bei ihnen auch nur ein Körnchen Preußenhaß voraussetzte, war der „Congreß“ doch nur von einem kleinen Häuflein von Personen besucht. Aus Bayern waren nur drei Abgeordnete erschienen und im Ganzen nur wenige Auswärtige d. h. Nicht-Württemberger anwesend. Der Stuttgarter „Beobachter“ und sein nächster Anhang hatten sich von der Versammlung fern gehalten, vermutlich, weil sie an der Niederlage nicht mehr participiren wollen. Aus Allem geht aber hervor, daß sich die Herren über Wesentliches nicht verständigen konnten, daß die beabsichtigte großartige Manifestation durch einen „Congreß“ nämlich gescheitert ist. Dazu kommt, daß auch der „Württemberg. Staatsanzeiger“, das Organ der Württemberg. Regierung, nur ganz kleinlaut berichtet:

Unter den Anwesenden bemerkte man aus Baden: Geh. Rath Welcker, Prof. Röder und die Abg. v. Feder, Beck und Kaiser, aus Württemberg: die Abgg. Ammermüller, Becker, Daffner, Desterler, Probst, Schott, Tafel und v. Dieß; aus Baiern: den Abg. Kolb, Bezirksrichter Croissant und Freiherrn von Thon-Dittmer; aus Hessen: Dumont. In Form eines Programms wurden folgende Sätze ausgesprochen: „Deutschland ist durch die Gewalt zerrissen, seine Wiedervereinigung in bundesstaatlicher Form muß erstrebt werden. Gegenüber den Hindernissen, welche eine Verbindung des Südens mit dem Norden auf freihändlerischer oder föderativer Grundlage zur Zeit entgegenstehen, müssen die Südstaaten vor der Hand in eine enge staatsrechtliche und militärische Verbindung treten, um der Freiheit eine Stütze und einen Hort zu setzen. In diesem Sinne liegt es zugleich den Südstaaten ob, durch ein auf allgemeiner Wehrpflicht und kürzester Dienstzeit beruhendes Wehrsystem sich selbst sowohl die Bürgerschaft ihrer eigenen Sicherheit zu schaffen, als auch den norddeutschen Stämmen ein Vorbild vor Augen zu stellen.“ Zum Schluß ernannte die Versammlung einen provisorischen Ausschuß, der zuvörderst unter dem Präsidium des Geh. Rathes Welcker seinen Sitz in Heidelberg haben wird. In einer Zuschrift erklärte der Präsident der bairischen Kammer, Professor Pöhl, sich mit den Befregungen für Herbeiführung eines Südbundes einverstanden.

Zu den preussischen Landtagsangelegenheiten hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen ungewöhnlich officiösen Artikel gebracht, welcher die Mittheilung der letzten „Prov.-Corr.“, daß bei der wiederbegonnenen Session dem Landtage das Coalitionsgeheimnis vorgelegt werden solle, widerrufen. Die Regierung habe für jetzt davon Abstand genommen, dem Landtage eine solche Vorlage zu machen, weil

dabei auf die neuen Landesverhältnisse Rücksicht genommen werden müsse. Die Coalitionsfrage siehe im engsten Zusammenhange mit einer Revision der Gewerbeordnung und diese solle sogleich mit Berücksichtigung der in den neuen Provinzen bisher bestandenen Gewerbegesetzgebung vorgenommen werden. Dagegen dürfte eine Vorlage über Aufhebung des Einzugsgeldes noch in der diesjährigen Session an den Landtag gelangen. Auch werde zur Erörterung der Arbeiterfrage wohl der aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangene Gesetzentwurf über das Genossenschaftswesen in derselben Session noch Gelegenheit darbieten. — Bezüglich der Fraktions- und Parteiverhältnisse des preussischen Landtags haben wir nachzuholen, daß sich eine Art neuer ministerieller Fraktion gebildet hat, deren Seele der Abgeordnete Twesfen ist. Schon früher hatten wir vorübergehend einer Erklärung von 24 Abgeordneten, worunter Twesfen, v. Bodum-Dolffs u. A., Erwähnung gethan, wonach die Unterzeichner derselben ein neues Programm in allgemeinen Umrissen aufstellten, dessen Grundgedanke war, das Ministerium in allen Fragen der auswärtigen Politik zu unterstützen, daneben aber ihm unter Umständen in Fragen der inneren zu opponiren. Dieses ist seitdem von Herrn Twesfen in einer Rede über „Die politische Aufgabe der Liberalen in Preußen“ eingehender festgelegt worden. Nunmehr aber haben sich die Anhänger jenes Programms (es mögen jetzt etwa 30 sein) als besondere Kammerfraktion constituirt und es ist daher von Interesse, das fragliche Programm in den allgemeinsten Grundlinien hier zu skizziren. Nach der Twesfen'schen Rede hat die „liberale Partei“, d. h. jene Fraktion, Folgendes zu thun:

1) Die liberale Partei hat in der Folge ebensowohl mit, als gegen die preussische Regierung zu gehen, je nach Lage der Dinge und der Frage. 2) Die Partei hat in der auswärtigen Politik die vollendeten Thatsachen anzuerkennen und sich dieselben anzueignen, ohne dadurch behindert zu sein, gegen die innere Politik der Regierung und ihre Träger (die Minister des Innern, der Justiz, des Cultus und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten) Opposition zu machen. 3) Die Partei muß streben: a) nach parlamentarischem Regime; b) nach einer freieren Gemeindeverwaltung; c) nach Reform der Gewerbegesetzgebung; d) nach politischer Rechtsprechung durch das Volk, d. h. Aburtheilung politischer und Preßvergehen durch Geschworne. 4) Das Einverleibte ist zu verteidigen, das Nichteinverleibte zu gewinnen. Deshalb muß Preußen geklärt bleiben, und deshalb kann auch die Militairfrage für die nächste Zeit keine parlamentarische Rolle wieder spielen. 5) Aus demselben Grunde ist überhaupt ein scharfer Bruch zwischen Regierung und Volkvertretung zu vermeiden; die letzte Session hat gezeigt, daß eine Verständigung zwischen beiden Factoren möglich ist. 6) Preußen hat die Aufgabe, ganz Deutschland zu einem Staate zu verschmelzen; der norddeutsche Bund ist ein „wirklicher deutscher Staat.“ 7) Die Erwägung, was dem Staate heilsam ist, hat allein den Ausschlag zu geben bei Abgabe eines politischen Urtheils; ob für oder gegen die Regierung, kommt nicht in Betracht. 8) Zu verbinden ist das Vereinbreiten des

Absolutismus in Preußen; die Einführung französischer Verhältnisse. 9) Von dem norddeutschen Bunde ist nur insofern etwas zu halten, als daraus die künftige Einheit Deutschlands als Hauptsache zu resultiren hat.

Indem wir uns vorbehalten müssen, die neuesten Wandlungen in den preussischen Parteiverhältnissen zum Gegenstande besonderer Besprechung zu machen, führen wir für heute nur ganz kurz an, daß die neue Fraktion von den Officiösen wenig Dank erntet. Diese erklären ihnen vielmehr unumwunden, die Regierung könne von dem Anerbieten einer bloß relativen Unterstützung keinen Gebrauch machen, die Herren befänden sich im Irrthum über die realen Verhältnisse, ihre Idee von der „doppelten Seele des Ministeriums“ wäre eine pure Fiction. Sicherlich würde die Regierung nicht so bestimmt und rundweg die neue Fraktion von sich weisen, wenn die conservative Fraktion weniger zahlreich wäre. Die Conservativen verfügen aber im Abgeordnetenhaus über hundert und einige vierzig Stimmen, denen nach ihrem Calcul bei den nächsten Neuwahlen noch so viel neue Stimmen zukommen, daß sie in der Kammer die Majorität (!) bilden. Wozu also da noch Compromisse mit den Liberalen auf Kosten der conservativen Interessen? — Es soll in der Absicht der preussischen Regierung liegen, die große Freiheit, welche der Besprechung der Abstimmungsfrage in Nordschleswig bisher gewährt wurde, zu beschränken, da die dort hervorgetretenen dänischen Agitationen augenscheinlich auf die Abtretung des ganzen Schleswigs hinarbeiten. Das aber liegt durchaus nicht im Sinne der Nicoloburger Stipulationen. Die preussische Regierung hält den gegenwärtigen Augenblick für die Abstimmung ganz ungeeignet und wird dieselbe bis zur Verabigung der durch dänische Agenten aufgereizten Gemüther hinauschieben. — Der Großherzog von Hessen soll zu einer Deputation des Darmstädter Gemeinderathes geäußert haben: „Glauben Sie ja nicht, daß die Ungerechtigkeiten der Preußen durchgehen werden; es wird bald wieder anders; ich rufe die rothen Hosen nicht, aber nächstes Frühjahr kommen sie; verlassen Sie sich darauf!“ Diese Mittheilung bedarf zwar einer Bestätigung, würde aber, falls sie wirklich wahr wäre, gar nicht traurig sein; denn es ist wahrlich kein Unglück, wenn solche Leute sich möglichst schnell selbst ruiniren und den Verlauf des deutschen Einheitsprozesses beschleunigen. — Der junge König von Bayern macht jetzt, ähnlich dem Kaiser von Oesterreich, der gleichfalls während des Krieges unsichtbar und mit gemüthlicheren Dingen, als „blauen Bohnen“ beschäftigt war, eine Rundreise in jenen Provinzen, welche im Kriege Schaden gelitten. Vor Antritt jener Reise wurde er im Münchener Hoftheater äußerst kühl empfangen. Das Reisegefolge des Königs bildet eine wahrhaft staunenregende Anzahl von Marschall-Bezirksbediensteten, Personen der Küche u. Dienerschaft, Livreebedienten und Jägern. — Der in unserer jüngsten Rund-

schon erwähnte österreichisch officiöse Artikel des „Wiener Journ.“ spricht sich über die Zustände des Orients aus und sagt im Wesentlichen, was folgt: Oesterreich mußte jeden Versuch gewaltsamer Umwälzung mit aufrichtigem Leidwesen und mit Besorgniß in's Auge fassen, doch sei zu hoffen, daß die vereinte Action der friedlichen gesantten Mächte Europa's genügen wird, den inneren Frieden der Türkei zu erhalten. Es sei klar, daß jeder christliche Staat Anstand nehmen werde, mit Zwangsmitteln oder gar mit Krieg gegen die dortige christliche Bevölkerung vorzugehen. Namentlich Oesterreich sei bei Gefährdung des Friedens im Orient nur gestattet, von ernstlichen Vorstellungen und freundschaftlicher Mediation Gebrauch zu machen; dies fordere außer den Gründen der Gerechtigkeit und der Politik die Stammesverwandtschaft einiger österreichischer Völker mit ihren auf türkischem Boden lebenden Stammesgenossen. Der Artikel rath der Regierung der Pforte Nachgiebigkeit gegenüber den serbischen Forderungen an. Die beste Lösung der orientalischen Frage wäre wahrscheinlich eine solche, welche das politische Band der christlichen Bevölkerungen mit der Regierung der Pforte aufrecht erhält, ein Band, das die innere Selbstständigkeit nicht verläumert und dabei die äußere gewährleistet. Wenn die christlichen Stämme in ihren Forderungen maßhalten, wenn die hohe Pforte politisch klug sich entschließt, das Unhaltbare ohne Kampf fahren zu lassen, so könnten die den Europäischen Frieden erschütternden Gefahren entweder gebannt, oder doch für lange Zeit hintangehalten werden. In diesen Ausführungen des halbamtlichen Blattes sind zwei wesentliche Momente als besonders beachtenswerth hervorzubeben. Erstlich scheint man in Wien den Gedanken aufgegeben zu haben, daß die Sachlage im Orient Garantien biete für längere ungetrübte Ruhe, und ist nach langem Widerstreben zu der Erkenntniß gelangt, daß die momentane Unterdrückung lokaler Aufstände in der Türkei noch nicht die Herstellung allgemeiner Ruhe bedeute, und zweitens scheint man die traditionelle conservative Politik, welche Oesterreich stets auf Seite der Pforte gegen deren mißvergnügte Unterthanen stehen ließ, verlassen zu wollen. — Bezüglich der inneren Angelegenheiten Oesterreichs hat es den Anschein, als ob die Bevölkerungen nicht der Ansicht wären, daß man sich auf rechtem Wege zur Herstellung des inneren Friedens befände. Der bedeutendste ungarische Volksmann, Dr. Deak, hat dieser Tage einer Deputation gesagt, daß für Ungarn noch verhängnißvollere Zeiten bevorständen als die bisherigen, Herr Deak gilt allgemein für einen Freund der Verständigung zwischen Wien und Pest, wenn er also ein so trauriges Prognostikon aufstellt, muß er jedenfalls gewichtige Gründe dafür haben. — Die Wiener Burschenschaft „Silesia“ hat an die sämtlichen Burschenschaften Deutschlands eine Erklärung gerichtet, welche die Stellung der Burschenschaften Deutschlands gegenüber den neuesten politischen Gestaltungen zum Gegenstand hat. Dasselbe ist sehr charakteristisch und erfreulich. Wir können es uns daher nicht verkagen, die wichtigste und bezeichnende Stelle desselben folgen zu lassen. Dieselbe lautet:

Die Belebung und Kräftigung unserer Nation haben wir uns als höchstes Ziel gesetzt. Wir haben es uns nie verhehlt, daß ein Provisorium, leidig wie j. des, dem oder jenem Staat die Führerschaft leihen werde; aber wir haben geglaubt und wir glauben, daß, wenn politische Mächten die einseitige strammere Einigung und Organisirung eines Theils als vorläufig genügen erscheinen lassen, binnen kurzem doch der Tag kommen muß, wo die acht Millionen Deutschen südlich vom Erzgebirge und den Sudeten an eure Thore klopfen. Im Namen unserer Hochschule, an der noch deutsches Wort und deutscher Geist lebt, verwahren wir uns gegen jede Abtrennung von dem reichen Leben der deutschen Universitäten, und protestiren wir feierlich gegen jede einseitige Trennung oder Umformung des Eisenacher Bundes.

In Frankreich scheint der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht wenig Anklang zu finden; die völlige Aufhebung des Kosakentums hat in den besitzenden Klassen, wie leicht erklärlich, viele einflussreiche Gegner und man wird wohl einen Mittelweg einzufalagen suchen.

Auch in England beschäftigt man sich allent-

halben mit Diskussionen über die Reorganisation des englischen Wehrwesens, um es dem der Contingentalstaaten ebenbürtig zu machen. Es treten mitunter in der Presse die wunderlichsten Projekte hervor. So wird z. B. ganz ernsthaft der Gedanke ventilirt, ob es nicht am zweckmäßigsten wäre, eine starke Armeeabtheilung aus dem kriegerischen ostindischen Stamm der Shits zu formiren, das europäische England also durch Asiaten verteidigen zu lassen. Die Idee ist ohne Zweifel barock und würde in der Ausführung schwerlich die Resultate ergeben, welche man von ihr erwartet; aber sie beweist haarscharf, daß die Umgestaltung des Heerwesens in Großbritannien mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, als in irgend einem anderen Lande. — Noch immer suchen die Tory- und Bourgeoisorgane, unter dem Stichwort: „Allianz des Radikalismus mit dem reaktionären Ultramontanismus“, Schauder vor den Dubliner Vorgängen zu erregen. Die irischen Katholiken haben aber seit langer Zeit erkannt, daß nur auf dem Wege der Freiheit Irland einem besseren Geschick entgegengehen könne, und jetzt sind sie entschlossen, diesen Weg Arm in Arm mit den englischen Reformern zu betreten. — Aus Dublin vom 6. Nov. wird geschrieben, daß die Regierung gegen etwaige Angriffe der Fenier in Irland während des Winters stille ihre Vorbereitungen trifft.

Die Rede, mit welcher der König von Dänemark den Reichstag eröffnete, hat nicht verfehlt, gerechtes Befremden zu erregen, da der König in derselben dem Artikel V. des Prager Friedens, welcher von der freien Abstimmung der „Bevölkerungen der nördlichen Districte“ von Schleswig handelt, eine sehr sonderbare Auslegung gegeben und von „der zu tiefem Danke verpflichtenden Anerkennung“ der dänischen „Hoffnungen“ von Seiten Napoleons gesprochen hat. Der König hat nemlich „aus den Bevölkerungen der nördlichen Districte“ — „den nördlichen Theil Schlesiens“ gemacht und überdies diesen Theil noch als die „natürlichen Grenzen“ Dänemarks bezeichnet. Man wird preussischerseits gewiß auf eine Auslassung des Tuilerien-Kabinetts sehr gespannt sein.

Die Gerüchte über eine Insurrection in Barcelona waren in so fern begründet, als der Aufstand ausbrach, doch sofort unterdrückt wurde: dies geschah am 8. November. Die zwei Chefs derselben wurden sofort erschossen.

Die Berichte aus Italien beschäftigen sich fortgesetzt in erster Reihe mit den Festlichkeiten in Venedig, die an Pracht und Bethheiligung alle Erwartungen übertreffen sollen. — Ganz Italien ist in freudiger Stimmung, nur in Rom blickt man düster in die Zukunft und der Jubel der Venetianer erweckt im Vatican ein mistönendes Echo. Der Paps hat, wie im „Wiener Journal“ zu lesen, dem Patriarchen von Venedig und den andern venetianischen Prälaten wegen ihrer Bethheiligung am Plebiscit sogar eine Ermahnung zugehen lassen. Auch soll in Rom unablässig der Gedanke geschürt werden, daß der Paps nach dem Abzuge der Franzosen die ewige Stadt verlassen solle. Ueber die Wahl der künftigen Residenz aber lauten die Angaben verschieden. — Mazzini hat an seine Gesinnungsgenossen die Proclamation ausgegeben, mit welcher er die Römer zu einer republikanischen Erhebung nach dem Abzuge der Franzosen auffordern will. Die Schrift ist gerichtet „An die Freunde der italienischen republikanischen Allianz.“ — Der „Nazione“ zufolge wird das Parlament auf den 11. December einberufen werden.

Den letzten telegraphischen Nachrichten zufolge ist der Aufstand auf Candia so gut wie beendet. Der „Moniteur“ hebt die Mäßigung hervor, mit welcher der Commissar der Pforte von Anbeginn an gegen die aufständischen Candiden aufgetreten sei und auch jetzt nach dem Siege noch aufträte. Dagegen soll sich, nach den letzten mit der Levantepost (Triest 9. Nov.) eingetroffenen und aus Konstantinopel v. 3. Nov. datirten Nachrichten, der Sultan weigern, die von dem Großvezier vorge schlagenen Concessionen für die christlichen Bewohner Candia's zu sanctioniren. — In Begerim, in Albanien, hat ein Conflict zwischen Türken und Christen stattgefunden, wobei mehrere christliche

Häuser theils geplündert, theils niedergebrannt worden sind. — Der spanische Gesandte soll ein mit Frankreich gemeinsames Protectorat über die sogenannten heiligen Orte verlangt haben.

Aus Amerika wird u. A. neuestens gemeldet, daß die Republikaner nach ihrem Wahlsiege beabsichtigen sollen, möglichst gewählig aufzutreten und so eine Beilegung des Conflicts mit dem Präsidenten zu ermöglichen, daß dagegen die Republikaner von Boston zwei Rezer-Candidaten zur Legislatur aufstellen wollen.

Deutschland.

Berlin, 13. Nov. (Abgeordnetenhaus.) Heute fand die 26. Sitzung statt:

Präs. v. Forderbed eröffnet dieselbe um 1 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen. Die vorliegenden Urlaubsgesuche werden vom Hause bewilligt.

Am Ministerisch: v. v. Seydt, Graf Igenplig, Graf Lippe. Es wird die Debatte über die Art der geschäftlichen Behandlung des Staatshaushaltsetats wieder aufgenommen. Abg. Jung spricht für den Antrag auf Vorberatung im Hause; er hält diese Art der Behandlung für schneller als die Verweisung an die Budget-Kommission.

Abg. Koblen wünscht Kommissionsberatungen und wenige schriftliche, aber viele und gründliche mündliche Berichte. Er meint, daß so Zeit und Druckkosten gespart würden.

Abg. v. Arnub bemerkt, daß die Vorberatung des Hauses vollkommen gleich sei mit dem in England beobachteten Verfahren der Komitee-Beratung, welches den Vorzug habe, daß an der Arbeit der Budgetbehandlung sich Jeder betheiligen könne, wer dazu Beruf und Neigung besitze, während die Arbeit bei Verweisung in die Budgetkommission auf einige wenige Mitglieder gehäuft werde, welche überdies ihre Berufung nach dem bestehenden Modus der Auslosung mehr oder weniger dem Zufall verfallen müßten.

Abg. Dr. Tschow meint, daß dadurch, weil in der Kommission viel gesprochen würde, keine Garantie geboten sei, daß bei der Vorberatung im Hause weniger gesprochen werden müßte.

Graf Bethusy-Huc verkennt die Gefahren nicht, die aus der Abschaffung der Kommissionsberatungen vielleicht entstehen könnten, glaubt aber nicht, daß sie einem Budget gegenüber eintreten könnten, welches eigentlich schon fünfmal vorgelegt und durchberathen sei.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen.

Der Präsident zeigt an, daß er zunächst zur Frage stellen werde, ob das Haus über den Gesegentwurf in die Vorberatung im Hause eintreten wolle? — Werde diese Frage verneint, so folge von selbst die Verweisung des Gesegentwurfs in die Budgetkommission. Bei dem gewöhnlichen Modus der Abstimmung stellt sich kein entscheidendes Resultat heraus. Bei der Zählung ergeben sich 105 Stimmen für und 90 gegen die Vorberatung des Hauses.

Der Finanzminister v. v. Seydt überreicht darauf mehrere Geseg.-Entwürfe, vornehmlich 1) betr. Abänderung des §. 6. des Gesetzes vom wegen anderweitiger Regelung der Grundsteuer und Uebernahme der Grundsteuer-Beranschlagungskosten auf die Staatskasse (Bravo). 2) Einen Gesegentwurf, betreffend die definitive Unterwerthung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen. (Beide Geseg.-Entwürfe werden der Finanzkommission überwiesen.) — 3) Einen Gesegentwurf, betr. die Aufhebung der Rheinschiffabgabens-Abgaben. (Bekanntlich ist einigen süddeutschen Regierungen, welche der Aufhebung stets Hindernisse entgegensetzten, bei den Friedensschlüssen die Bedingung auferlegt worden, in die Aufhebung jener Abgaben zu willigen.) Der Minister sagt dazu: Es ist der lebhafteste Wunsch der Regierung, auch die Schiffabgaben auf der Elbe zu beseitigen. Es sind in dieser Beziehung erneute Schritte eingeleitet, von denen wir hoffen, daß sie zu dem gleichen Ziele führen werden. (Der Gesegentwurf soll durch Schlußberatung erledigt werden. Der Präsident ernennet den Abg. Michaelis (Stettin) zum Referenten. —

Der Handelsminister überreicht u. A. einen Gesegentwurf über die Regelung der privatrechtlichen Stellung der Genossenschaften, welcher der bereits bestehenden Kommission zur Beratung des Antrages von Schulze-Delitzsch über denselben Gegenstand überwiesen wird.

Nachdem noch der Justizminister einige Gesegentwürfe überreicht hat, Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung wahrscheinlich Sonnabend oder Montag.

Ausland.

Paris, 13. Novbr. [Zu den Verhaftungen.] Das Verhör der am vorigen Mittwoch im